

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heintmann in Düsseldorf 61, Corneliustr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 12 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. E

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3,- M. Expedition und Druck von Joh. van Arden in Krefeld, Duth. Kirchstr. 66. 133/133/222 Fernsprech-Nr. 1366. 2020202020

Nr. 37. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 11. September 1909. Fernsprech-Nummer 4423. 11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: 36 deutsche Reichspfennige! — Arbeitsvermittlung. — Was im Verbands „deutscher“ Textilarbeiter als erste gewerkschaftliche Aufgabe angesehen wird. — Festsitzten: Zur Beachtung und Belehrung für unsere Ortsgruppenvorstände, Vertrauensmänner und Mitglieder. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Achtung! Handwerker! Achtung! — Dären. — M. Gladbach. — Aus unsern Bezirken: Bezirk Münster. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bocholt. — Dären. — Engelskirchen. — Emsbetten. — Hannover. — Krefeld. — Langenberg (Nied.). — Schöln. — Ullersdorf (Schl.). — Aus unsern Industrie: Statistisches aus der deutschen Textilindustrie. — Gewerkschaftliches: Aus unsern Verbänden: Für die gemeinsame soziale Arbeit der beiden Konfessionen angehörigen Arbeiter. — Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands. — Aus gewerkschaftlichen Organisationen: Wie es in einem nicht ganz kleinen Zentralverbande hergeht. — Ueber die „deutschen“ Gewerkschaftsorganisationen. — Aus der ausländischen Arbeiterbewegung: Der Generalstreik in Schweden beendet? — Friede im Gewerkschaftsstreik in Holland. — Allgemeine Rundschau: Soziale Rechtsprechung: Sind die Gewerkschaften für Vertragsbruch ihrer Mitglieder zivilrechtlich verantwortlich zu machen? — Allgemeines: Der Verband weißdeutscher Konsumvereine. Versammlungskalender. — Anzeigen.

36 deutsche Reichspfennige!

Durch das arbeiterfeindliche Verhalten ihres Vorstehenden Karl Schiffer bei der Finanzreform hat die christliche Textilarbeiterorganisation ihre Aktionsmöglichkeit gegenüber dem Unternehmertum verloren.

So liegt es in den letzten Nummern des „Textilarbeiter“, Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Ob das Verhalten unseres Vorstehenden Schiffer bei der Finanzreform in Einklang zu bringen ist mit den Interessen der von ihm vertretenen Organisation, darüber zu entscheiden ist nicht Sache des „Textilarbeiter“. Ueber die Aktionsfähigkeit unseres Verbandes gegenüber dem Unternehmertum wird die Zukunft ebenso günstige Resultate zeitigen, als sie die Vergangenheit brachte. Soweit die Beschaffenheit der Organisation und ihrer Leitung in dieser Beziehung von Einfluß ist, dürfen wir diese Prognose ruhig machen. Der „Textilarbeiter“ scheint aber bei seiner frechen Behauptung von seinem auf unseren Verband zu schließen, denn wie die jüngst veröffentlichte Bilanz der „freien“ Gewerkschaftsrichtung über das Jahr 1908 mit aller Deutlichkeit ergibt, fand und steht der Verband „deutscher“ Textilarbeiter so ziemlich vor dem finanziellen Bankrott. Ein Vermögen in der Zehntausende von ganzen 36 deutschen Reichspfennigen auf den Kopf des Mitgliedes bedeutet unter den gegenwärtigen Verhältnissen für eine gewerkschaftliche Organisation — die dazu ihr Betätigungsfeld in der Großindustrie finden muß — nichts weniger als den vollständigen Zusammenbruch. Wir drehen darum den Spieß um und sagen:

„Durch die arbeiterfeindliche Wirtschaftsweise ihrer Leitung hat die sozialdemokratische Textilarbeiterorganisation ihre Aktionsmöglichkeit gegenüber dem Unternehmertum verloren.“

Diese Behauptung hat den Vorzug unantastbarer Richtigkeit, wie sich jeder Gewerkschaftler an den fünf Fingern abzählen kann; sie wird erhärtet durch die Tatsache, daß bei verschiedenen größeren Bewegungen in der letzten Zeit der Verband „deutscher“ Textilarbeiter, der sich in aufgeblicher Ueberhebung so gerne als den „starken Mann“ vorstellt, ganz schmachlählig vor dem Unternehmertum retrizieren mußte. Schon lange Zeit hat die Leitung dieses Verbandes unter den bankrotten Finanzverhältnissen förmlich fortgewandelt. Schon längst ist der Rücken des „starken Mannes“ gebrochen. Wo das Unternehmertum geschlossen auftrat oder auch nur ein einzelner Fabrikant etwas scharf die Zähne zeigte, da lüchelte er zusammen wie die erbarmungswürdige Hilfslosigkeit, um nachher in schwülstiger Phrasologie von seiner „unbegreifbaren Kraft“, seinem „unbegreifbaren Mut“ und seiner „ruhmvollen Vergangenheit“ zu prahlen.

Ganze 36 deutsche Reichspfennige. Um die Tragweite dieser Tatsache zu erkennen, überschaue man mit kurzem Blick die gewerkschaftliche Lage. Das Textilarbeiterunternehmertum hat zu wiederholten Malen gedroht, mit dem Inkrafttreten des Lohnreduzierungs auf der ganzen Linie Lohnreduzierungen vorzunehmen. Der Scharfmacher Vued hat bereits in einer Arbeitgeberversammlung die Kräfte abgemessen, die bei den zu erwartenden Kämpfen auf beiden Seiten vorhanden sein werden. Allem Anscheine nach bereiten sich die Kraft organisierten Unternehmern des Textilgewerbes zu scharfen Maßnahmen vor.

Dieser Situation steht der Verband „deutscher“ Textilarbeiter mit fast vollständig leeren Händen gegenüber.

Wir behauern die Mitglieder dieses Verbandes, die vertrauensvoll für ihre Beiträge Verfechtung ihrer wirtschaftlichen Interessen erhoffen und doch in mancher Hinsicht so bitter enttäuscht werden müssen.

Ganze 36 deutsche Reichspfennige. Hier ist die Frucht der beispiellosen Schmuglonturzen, die der „deutsche“ Verband ständig gegenüber unserer Organisation betreibt und noch betreibt. — Der Vorstand unseres Verbandes hält an der statutarischen Bestimmung fest, wonach für den Bezug von Streifen zum Eintritt eine Beitragsleistung von 26 Wochen erforderlich ist. Nur in ganz besonderen Ausnahmefällen hat er den Umständen Rechnung getragen und auch solchen Unterstützung gewährt, die die genannte Voraussetzung nicht erfüllt hatten. Das traf besonders in solchen Fällen zu, wo den Kollegen nicht genug Gelegenheit zum Eintritt in unseren Verband gegeben war. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband hat den gleichen Passus in seinem Statut, und sein Organ hat wiederholt darauf mit aller Schärfe hingewiesen. Dennoch hat er in ungezählten Fällen bedingungslos auch an jene Mitglieder Unterstützung ausbezahlt, die erst während der Bewegung eingetreten waren. Dadurch sollten diese Arbeiter vom Eintritt in den christlichen Textilarbeiterverband abgehalten werden. Aus diesen unläuterer Gründen scheute der „deutsche“ Verband sich nicht, eine Prämie auf das Unorganisiertsein zu geben und gegen den elementarsten gewerkschaftlichen Grundsatz zu handeln. Diese Schmuglonturzen hat sich bitter gerächt, zum Schaden der ganzen Textilarbeiterchaft, in erster Linie aber zum schweren Nachteil der Mitglieder dieser Organisation.

Ganze 36 deutsche Reichspfennige. Hier liegt der Schlüssel zu der maßlosen Hege, die der „Textilarbeiter“ seit länger als einem Jahre gegen uns und unsern Verband betreibt; hier liegt die Bestätigung unserer Behauptung, daß der „deutsche“ Verband seit langem an innerer Fäulnis krankt. Wir gehen weiter und sagen: „Die Leitung des roten Verbandes hat die Hege inszeniert, um die mit dem Aufsteigen der Konjunktur häufiger werdenden Lohnforderungen zu verhindern.“

Bei ersten Streiks läme sie in die Lage, ihre totale Dummheit der Arbeiterchaft und dem Unternehmertum eingeschrieben zu müssen. Es sollen ersthafte Lohnbewegungen verhindert werden, darum jagt man die Textilarbeiter aufeinander wie blühige Hunde, unterdeß die Unternehmer Zeit gewinnen, ihre Schäfchen zu scheeren und der Vorstand des „deutschen“ Verbandes seinen selbstverschuldeten Bankrott einigermaßen wieder auszugleichen kann.

Ganze 36 deutsche Reichspfennige. Wir wissen, daß der „Textilarbeiter“ mit dem Einwande kommen wird, sein Verband habe so und jodelt Tausende Mark für Streikzwecke angewandt. Das mag richtig sein, aber zur Verbesserung der Lage der Arbeiter sind die Gelder damit nicht verbraucht. Die Mitgliedschaft eines Verbandes kann verlangen, daß die Hauptleitung gerade bei Streiks mit der äußersten Vor- und Umsicht zu Werke geht, daß sie alle Chancen abmißt, die für und gegen einen Streik sind. Wir können leider nicht zugeben, daß die Streikaktion des „deutschen“ Verbandes klug und ehrlich sein soll. In welcher geradezu verbrecherischer Weise Arbeiter aufgehetzt und dann schmachlählig verlassen werden, lehrt der Gang der Bewegung in Hohenlimburg, worüber wir in Nr. 34 dieser Zeitung ausführlich berichteten. Und wie sieht es mit anderen Bewegungen des „deutschen“ Verbandes aus? Der Kampf im Erzgebirge, der wohl den Löwenanteil der Streikausgaben verbrauchte, endete mit einer so jämmerlichen Niederlage, wie sie bisher noch keiner Organisation beschieden war. Der Hauptvorwand bot seine Hand zu einem Vertrage, der für die armen Leute im Erzgebirge eine außerordentliche Verschlechterung der früheren Arbeitsverhältnisse bedeutete. In dem großen Kampfe in Schlesien vor einigen Monaten wurden die Mitglieder des roten Verbandes offiziell von ihrer Führung aufgefordert, zu lägen, ihre Organisationszugehörigkeit dem Unternehmer gegenüber zu verleugnen. — In diesen Kämpfen stehen die Tausenden von Marken, die der „deutsche“ Textilarbeiterverband im „Interesse seiner Mitglieder“ (?) verausgabte.

Ganze 36 deutsche Reichspfennige. Kollegen und Kollegen! Welche Organisation hat das Recht vertritt, sich als die wirksame Interessenvertretung der Textilarbeiter vorzustellen? Welche Organisation hatte schon längst ihre Aktionsmöglichkeit gegenüber dem Unternehmertum verloren? Welche Organisation spielt durch ihre blindwütige Hege in jeder Weise mit den Arbeitsinteressen? Wir sagen und unsere Leser mit uns:

Die Organisation, die sich Verband deutscher Textilarbeiter nennt und für jedes Mitglied Ende 1908 ein Vermögen hatte von

ganzen 36 deutschen Reichspfennigen.

Arbeitsvermittlung.

Ein Bedürfnis für Einrichtungen zum Zwecke der Arbeitsvermittlung bestand schon vor Jahrhunderten. Das sagt uns die Wirtschaftsgeschichte. In der Zeit des mittelalterlichen Kunstwesens finden wir die Arbeitsvermittlung in den Bruderschaften der Handwerker und Innungen, oder in den Herbergen der Gesellen. Auch in der neuzeitlichen Weisgebund, in den Handwerkerlogen, finden sich Bestimmungen, welche herkommensgemäß den Innungen die Fürsorge für das Herbergswesen und der Arbeitsnachweise als fakultative Aufgabe zuweisen. Aus alten Herbergstatuten von Weisterrnungen ist zu ersehen, daß mit dem Herbergswesen stets auch der Arbeitsnachweis verbunden war. Das Herbergswesen wurde zumeist gemeinsam von Weistern und Gesellen geführt. In einem uns vorliegenden Statut heißt es diesbezüglich: Die Weisterr-Innung unterhält von jeder ein Herbergswesen (Arbeitsnachweis) und ist alleiniges Eigentum derselben; hierzu ist ein Herberg-Ausschuß eingesetzt, der aus zehn Mann (fünf Innungsmeistern und fünf Gesellen des Gesellen-Innungsvereins) und dem von der Weisterr-Innung aufgestellten Herbergmeister als Vorsitzenden besteht. Das Herbergswesen wird gemeinsam von Seite der Weisterr-Innung wie von dem Gesellen-Innungsverein geleitet und gepflegt. Das Herbergswesen hat den Zweck, den Arbeitsnachweis zu vermitteln. Die Mitglieder des Gesellenvereins werden beim Arbeitsnachweis bevorzugt. Im übrigen wird dem Herberg-Ausschuß durch das Statut eine strenge Unparteilichkeit bei Ausübung der Arbeitsvermittlung zur Pflicht gemacht.

Als das Innungswesen zerfiel und ihm die gesetzlichen Unterlagen entzogen wurden, überließ die Arbeitsvermittlung in den Privat-Herbergen. Nebenher kam jedoch das sogenannte Umschauen, die Nachfrage nach Arbeit beim Meister in der Werkstatt, immer mehr in Ueberrag. Die hierbei gebrauchlichen Kunstsprüche haben sich zum Teil bis auf die heutigen Tage erhalten. Ein Schiffer z. B. hielt nach dem Eintritt in die Werkstatt an der Ähre stehen und spricht die Worte: „Fremder Schiffer“. Auf die fragende Ähre des Meisters erwidert er jodend: „Ein Stiel davon!“ Man weiß der Meister, daß es sich um einen „Anfänger“ Gesellen handelt; er bekommt Arbeit oder ein Geschenk. Der Schmiedegeselle tritt beim Umschauen stumm vor den Ambos und spricht: „Gott grüß Euch, Meister und Gesellen.“ So hatte und hat teilweise heute noch jedes Gewerbe einen eigenen, beim Umschauen gebrauchten Spruch. Jeder Wanderbursche ist in der Lage, eine Reihe dieser Kunstsprüche kennen zu lernen. Das Unternehmertum machte sich diesen Umstand recht zu Nuzen und veruchte, selbst mit Hilfe falscher Papiere, das Umschauen zu einer ziemlich ergiebigen Einnahmequelle zu machen. An manchen Orten wurde deshalb das Umschauen polizeilich verboten und der Arbeitsnachweis von den Polizeibehörden in Händen genommen. Die Polizeibehörden erweisen sich aber als wenig geeignet für die Arbeitsvermittlung. Der Wanderbursche oder Arbeitsuchende kommt nicht gerne mit diesen Behörden in Berührung, die oft hiesiger Arbeitsnachweise erteilen, oder doch Kleinigkeiten über Anstände erheben. Die Arbeitsuchenden beruhigen aus diesen Gründen die polizeilichen Arbeitsnachweise nicht oder nur im äußersten Notfalle. Die Arbeitgeber aber konnten sich deshalb auf diese Arbeitsnachweise nicht verlassen. Insbesondere auch nicht aus dem Grunde, weil ihre Führung eine sachkundige weder war noch ist, die allein eine richtige Auswahl unter den Arbeitsuchenden zu treffen vermag. — Die private, gewerkschaftliche Arbeits- und Stellenvermittlung

war auch nicht danach, als daß sie die Mängel auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises hätte zu beheben vermocht; diese wurden durch sie sogar vielfach noch verschärft. Die Stellenvermittler waren und sind zumeist Geschäftsleute, die zunächst auf sich selbst und darauf sehen, daß sie verdienen. So wurde die Stellenvermittlung vielfach zu einem schamlosen Geschäft, das dem Unternehmer auf Kosten der Arbeitslosen Geld und Gewinn einbringen mußte. Durch betrügerische Manipulationen ist dem Arbeitslosen und Stellensuchenden oft der letzte Spargroschen aus der Tasche gezogen worden, ohne daß er eine Stelle erhielt. Im besten Falle wurde dem Stellenuchenden „nur“ eine hohe Vermittlergebühr abgenommen, selbst bei Vermittlung einer notorisch schlechten Stelle. Nach einer amtlichen Erhebung der bayrischen Regierung im Jahre 1895 gab es damals 1315 Arbeitsnachweiskeitellen, darunter waren 877 oder 66,7 Prozent solche, welche gewerkschaftlich betrieben wurden, davon die meisten in den großen Städten. Die Enquete ergab, daß von den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern vielfach zu hohe, von einem Teil der Arbeitsuchenden kaum erschwingbare Gebühren verlangt wurden. Bei der Reichs-Enquete über die Verhältnisse des Personals im Wirtschaftswesen wurde festgestellt, daß an Vermittlungsgeldern durchschnittlich 2-10 M. pro Stelle bezahlt werden mußten, oft auch 20, ja 50 M. Sogar für Lehrlinge kamen Gebühren bis zu 5 M. vor.

Das Arbeits- und Stellensuchen auf dem Zeitungsweg ist ebenfalls mit oft nicht geringen Kosten verbunden, ohne die Gewähr für irgend welchen Erfolg zu bieten. Es wurde ausgerechnet, daß in einer einzigen großen Stadt Süddeutschlands jährlich mehr als 100 000 M. für Stelleninserate ausgegeben werden, wobei etwa die Hälfte dieses Betrags von Arbeitern und Dienstboten getragen wird. Dazu kommen Postgebühren, Zeitungsverträge durch Konferenzen und anderes. Dennoch ist nicht zu erwarten, daß diese Art Stellenvermittlung jemals ganz eingest, weil manche Arbeitgeber auf diese Weise Stellen für sich schaffen zu machen suchen.

Arbeitsvermittlung durch Berufs-Organisationen.

Das Ausschauen von Arbeit durch Umschauen hat für die Arbeitsgeber Befähigungen im Gefolge und erniedrigt

den Arbeitsuchenden gewissermaßen zum Bettler. Die private Stellenvermittlung, ganz abgesehen von ihrer Unzulänglichkeit, belastet die ohnehin Armen der Armen, die Arbeitslosen, mit Abgaben und überantwortet sie vielfach gewissen fittlichen und moralischen Gefahren. Diese Unzulänglichkeiten und Mängel auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung zu beheben, bemüht sich seit langem all die verschiedenen Arbeiter- und Berufsvereine im Interesse der Arbeiterchaft. Gesellen- und Arbeitervereine errichteten Arbeitsnachweise zwecks unentgeltlicher Arbeitsvermittlung. Sie haben manch Gutes geleistet und manchen Arbeiter vor Schaden bewahrt. Zu einer größeren Bedeutung sind die wenigsten dieser Arbeitsnachweise gelangt, da sie einestells nur für lokale Verhältnisse eingerichtet werden konnten, oder doch nur für einen, selten auch für mehrere Berufe Arbeit vermitteln konnten. Wo es ging, wurden diese Vermittlungsstellen von den Arbeitgebern ignoriert, vielfach auch ganz entschieden bekämpft. Die Bedeutung, welche dem Arbeitsnachweise beim Abschluß und der Erfüllung des Arbeitsvertrages zukommt, war von den Arbeitgebern ebenfalls erkannt worden. Sie gingen daher dazu über, eigene Arbeitsnachweiskeitellen zu gründen, die wiederum bei den Arbeitnehmern wenig Sympathie fanden und auch jetzt noch nicht finden.

Was im Verbands „deutscher“ Textilarbeiter als erste gewerkschaftliche Aufgabe angesehen wird.

Bisher ist bei der Arbeiterchaft im allgemeinen die Meinung vorherrschend gewesen, daß die erste und letzte Aufgabe einer Gewerkschaft die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sei. Im „Textilarbeiter“ wird aber in Nr. 34 in einem längeren Referat „bewiesen“, daß die Verwirklichung des religiösen Denkens und Handelns unter der Textilarbeiterchaft notwendiger ist, als die Bemühungen zur Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Wo Glaube und Frömmigkeit herrsche, da herrsche der „Geist der Finsternis“ und die Verkürzung dieses Geistes ist die Voraussetzung für weitere gewerkschaftliche Arbeit.

In besonderem Maße soll Schließen von dem „Lichte der Aufklärung“ des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes beleuchtet werden, ausgeführt Schließen, wo noch vor gar nicht langer Zeit der „starke Mann“ gründlich die Nase gespannt bekam. Der „deutsche“ Verband will seine Religion dem schlesischen Arbeiter bringen, die Religion des Hasses, der Brutalität, der Unterdrückung. Die Arbeiter sollen „frei“ gemacht werden von „Platte des Materialismus“, um in der Religion des Sozialismus, des Klassenkampfes „besseren Tagen“ und „endlicher Befreiung von allem Erbendel“ entgegen zu treten. In einem Artikel, der ein Referat des Generalsekretärs Röhke über „die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Skaticher und die Lage der Hausweber im allgemeinen“ wiedergibt, heißt es u. a.:

„Ein kurzes Aufklären, ein kammes Wünschen, ein kleiner verzagter Anlauf, das ist die Summe der noch vorhandenen Energie, ein zielbares Erkennen und eine Sanierung der Zustände ist vorhanden nicht denkbar. Auch wir werden nicht in der Lage sein, dort einen heilsamen, organisatorischen Einfluß ausüben zu können, dort herrscht eine höhere Gewalt, das ist der Geist der Finsternis, der von dem katholischen Klerus ausgeht. Diesen Geist zu bannen sind wir noch nicht in der Lage. Ihm gegenüber können wir mit unserer Agitation, mit der Agitation der Ehrlichkeit, der Aufrechterhaltung (I. D. M.) nichts anrichten, eben weil wir die Arbeiter nicht beirren wollen. (I. D. M.) Denken Sie sich ein Städtchen mit 4000 Einwohnern, bestehend zumeist aus ausgehungerten, ausgepöbelten, armeneligen Weibern, die sich nur einmal an dem Geruch von Fleisch ergötzen können, die aber nicht wissen, wie Fleisch schmeckt und es auch kaum vom Ansehen kennen. . . . In diesem armen Städtchen sitzen nun nicht weniger als sechs Pfaffen: 4 katholische, 1 evangelischer und 1 mosaischer. Der letztere darf natürlich nicht fehlen bei dem Konzert, welches täglich an „entimant“ wird zum Heile desjenigen, der am Kreuz gekorben ist. In einem Gebäude, das wie ein Märchenloch aussieht, wohnen die „katholischen Pfaffen“.“

Kann hätten Sie die „Herren der Kirche“ einmal sehen sollen: wahre Hängegalten, 6 Fuß hoch, wohlgenährt, strotzend von Kraft und Gesundheit. Und die armen Weiber, die im Vergleich zu diesen wie Gespenster aussehenden, ließen hin und fähten den Saum des bescheidenen Gewandes! Die armen Töcher, aber die die Geist des Klerus herrscht, sind in Fesseln geschlagen für alle Zeiten! Das ist es, woran wir scheitern; hier gibt es keine Aufrechterhaltung mehr! Es geht und allerdings nicht allem so, dieselben Zustände sind auch in den Bergindustrieregionen vorhanden.

Nachdem dann Heiligenbilder, Weihwasserbecken, Hausaltar und andere dem Katholiken heilige Sachen verhöht sind, geht's fort:

Gerade dieser Geist, gerade diese Erscheinung ist das hemmende Moment in der allgemeinen Kulturbewegung. So ist es im Rheinland, in Westfalen, im Elsaß, in Schlesien und überall, wo die Menschen symmetrisch in Dummheit erhalten werden, wo man sie zur Demut zwingt und von Generation zu Generation immer mehr verblödet. Das wird unendlich schmerzhaft, diese Klassen für eine Kulturbewegung, wie es die moderne Arbeiterbewegung ist, zu gewinnen. . . . Aber nicht wir allein leiden unter diesem Geist der Rückständigkeit, auch die Großindustrie wird dort

Wieder machen. Sie hat zum Teil schon Glanz erstrahlt...

Alles hat die Religion verschuldet, sie hat die Arbeiter verblümt...

„Dankeschön aber gilt es für die schlesischen Arbeiter, sich frei zu machen vom Banne des Materialismus...

Den Schluss zieht dann das „prachtvolle Gedicht von Heinrich Heine“:

„Es wächst hinieden Brot genug für alle Menschenkinder, Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust, Und Buhnerleben nicht minder...

So sieht die religiöse Neutralität jenes Verbandes aus, der auch Kollegen und Kolleginnen einladet...

Wo sind denn die Kulturwerte, die die Religion des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter gebracht?

Der Vortrag ist vor „aufgeklärten“ Becklern gehalten worden. Wenn die Propagandisten des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes unter den schlesischen Arbeitern weilen...

Offen aber wird hier ausgesprochen, daß nicht die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, sondern die „Aufklärung“ der Mitglieder im Sinne des Sozialismus als die erste Aufgabe vom „deutschen“ Textilarbeiterverbande angesehen wird.

Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands!

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Achtung! Hauswirter! Achtung! In Lodz (Ruffisch-Polen) haben die Seidenfabrikanten Lohnforderungen gestellt.

Zur Beachtung und Belehrung

für unsere Ortsgruppenverbände, Vertrauensmänner und Mitglieder.

Ein tolles Jahr ist bereits verstrichen, seitdem die Delegierten des Verbandes in Augsburg zu gewisser Arbeit zusammenkamen...

Es war voranzutreiben, daß bei dieser Umwandlung nicht alles so wie es war sein konnte, wie es bisher gewesen wäre.

Es war voranzutreiben, daß bei dieser Umwandlung nicht alles so wie es war sein konnte, wie es bisher gewesen wäre.

eine Rolle als Streikbrecher zugemutet werden soll. Gebt diesen Agenten die richtige Antwort.

Bei der Firma Joh. Peter Schöeller in Mariawinkel war im Jahre 1900 ein Streik ausgebrochen, welcher nach 17wöchentlicher Dauer mit einer Verabredung der Arbeiter endete.

Vor einigen Wochen nun teilte die Firma ihren Weibern mit, daß vom 1. September ab auf Damentuche 20 Pf. und auf die anderen Arbeiten 10 Pf. pro Schmitt weniger gezahlt würde.

In einer am 27. August stattgefundenen Versammlung, zu welcher die Arbeiter den Vertreter unseres Verbandes, Kollegen Koch, eingeladen hatten, beschloßen die Weiber, an dem alten Lohn festhalten zu wollen.

Durch die Vermittlung der Vertreter des Verbandes, Kollegen Koch-Düren und Weber-Nachen und des Herrn Bürgermeisters Klein aus Birkelbach, wurde eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Die 10 Pf. für den zweiten Schützen werden für die Folge nicht mehr bezahlt, dafür brauchen die Weiber kein Leinwand mehr zu zahlen...

Offenheitlich werden diejenigen Kollegen, welche erst in letzter Stunde der Organisation beitraten, das eine gelernt haben, daß es gut ist, sich bei Zeiten zu sichern...

Organisierte Einigkeit führt zum Erfolge. In unserem letzten Bericht erwähnten wir, daß der Streik bei der Firma Moritz Steinweg nach vierwöchentlicher Dauer für die Arbeiter ein günstiges Ende gefunden habe.

Bei der Firma Richter u. Ebel, wo mit dem 1. Oktober der Tarif erneuert werden mußte, gelang es, Verbesserungen in dem neuen Tarif zu erreichen.

Zu Gegenätze zu dieser Klage die Firma Schipper & Daniels zum 1. September den bis dahin laufenden Tarif. Die Firma hatte vor, die Arbeiter um 10% kürzen.

Zunächst kann doch festgestellt werden, daß sich die neue Arbeitsweise so gestaltet hat, daß zu allgemeinen Klagen ein Anlaß nicht mehr gegeben ist.

Zum besten Verständnis und zugleich auch dem Zwecke dieser Mitglieder entsprechend, glauben wir, zuerst auf die Notwendigkeit und den Zweck der neuen Geschäftsführung, soweit es sich an dieser Stelle erübrigen läßt, eingehen zu müssen.

Des Weiteren war die Änderung auch aus dem Grunde notwendig, um Unterlagen für Erlangung statistischen Materials zu erhalten.

zweits Verbesserung des abgelaufenen Tarifes geltend machen, geschweige in eine Lohnreduktion einzuwilligen.

Durch das Vorgehen der Firma Schippers u. Daniels wurde auch die Nachbarfirma Busch u. Florenz zu einem ähnlichen Vorgehen bezogen.

Auch die Firma Wanders u. Hoffmann ließ von sich hören. Diese umging einen Passus in ihrer Lohnliste dadurch, daß sie die Vergütung für Warten auf Material ausfallerte, indem sie mit jedem neu eintretenden Arbeiter - und das sind nicht wenige - die mündliche Vereinbarung traf, daß sie auf eine diesbezügliche Vergütung verzichteten.

Aus unsern Bezirken. Bezirk Münster.

Auf unserer diesjährigen Bezirkskonferenz am 29. August waren 26 Ortsgruppen durch 38 Delegierte vertreten.

Nachdem das Büro gebildet war, wurde vom Bezirksvorsitzenden Kollegen Kamp der Tätigkeitsbericht erstattet und über die allgemeine Lage referiert.

Nach Lage der Verhältnisse mußte das Hauptgewicht auf Schulung und Festigung der vorhandenen Mitglieder gelegt werden.

Die in letzter Zeit eingeleitete Hege des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wird nur der Arbeiterschaft schaden.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: 1) An Prozente für die Ortsgruppe M. 11 749,61; 2) An Krankengeld 12 739,20; 3) An Arbeitslohn 859,90; 4) An Regelleistung 1829,40; 5) An Reisegeld 91,96; 6) An Sterbegeld 1160,00; Summa M. 28 429,87

Mitglied ist mehr wie ein Drittel sämtlicher Beiträge direkt wieder den Mitgliedern zugute gekommen.

Ein weiterer Grund für die Änderung der Geschäftsführung liegt auch in der Kontrolle über die einzelnen Unterhaltungen.

Bei den Vätervereinsleistungen muß man häufig die Erfahrung machen, daß die Anmeldung nicht rechtzeitig, d. h. nicht gleich nach Beginn der Krankheit oder Arbeitslosigkeit erfolgt.

Bei den Vätervereinsleistungen muß man häufig die Erfahrung machen, daß die Anmeldung nicht rechtzeitig, d. h. nicht gleich nach Beginn der Krankheit oder Arbeitslosigkeit erfolgt.

Kollegen und Kolleginnen! Dies muß anders werden. So steht es und das sind auch Pflichten.

In der Diskussion wurde von den Delegierten über die Geschäftsliste in den einzelnen Ortsgruppen berichtet.

Es wurde einstimmig die in voriger Nummer veröffentlichte Resolution angenommen.

Dennoch soll hier nochmals die Mahnung an alle ausgesprochen werden, diesen so wichtigen Aufgaben für unsere Bewegung alle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die nächsten Konferenzen werden es überlassen, den Ort der nächsten Konferenz zu bestimmen.

Offenheitlich werden die guten Vorschläge in die Tat umgesetzt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wochst. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß laut Beschluß der Vertrauensmännerversammlung und des Ortsgruppenverbandes sämtliche Unterhaltungen auf dem Sekretariat, Schönebergstr. 28, ausgezahlt werden.

Düren. Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich aus Nachen, 30. August, telegraphisch melden: Wegen der Unstimmigkeiten bei der Reichstagswahlwahl in Düren und des Ausschusses des Kandidaten Schönbrunner aus der Zentrumspartei sind dort über 200 Arbeiter aus den christlichen Gewerkschaften ausgetreten.

Die in letzter Zeit eingeleitete Hege des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wird nur der Arbeiterschaft schaden.

Der christliche Textilarbeiterverband wird sich über den Quertritt zu freuen vermögen, da er im letzten Monat 53 Neuaufnahmen zu verzeichnen hat, welche die Austritte mehr als ausgleichen.

Engelskirchen. Eine allzu humane Arbeitgeberin scheint die Firma Schindt in Loospe gerade nicht zu sein.

Die in letzter Zeit eingeleitete Hege des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wird nur der Arbeiterschaft schaden.

Die in letzter Zeit eingeleitete Hege des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wird nur der Arbeiterschaft schaden.

Die in letzter Zeit eingeleitete Hege des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wird nur der Arbeiterschaft schaden.

Die in letzter Zeit eingeleitete Hege des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wird nur der Arbeiterschaft schaden.

Die in letzter Zeit eingeleitete Hege des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wird nur der Arbeiterschaft schaden.

Die in letzter Zeit eingeleitete Hege des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wird nur der Arbeiterschaft schaden.

man irgend einer Beförderung entlassen worden sind. Das ist ein Verstoß. Eine in Kündigung stehende Arbeiterin bleibt, ohne die Kündigungserklärung ganz eingehalten zu haben, von der Arbeit fern, was sehr, wenn nicht ganz triftige Gründe vorliegen, durchaus nicht entschuldigbar ist. Was wir aber noch weniger entschuldigen können, ist das Verhalten der Polizeibehörde, die unbedeutend dem Arbeitgeber diese Einreden wieder zu führen wollte. Erst nach längerem Auseinandergehen ließ der Polizeibeamte davon ab, das Mädchen wie einen ausgetriebenen Gefangenen wieder zur Fabrik zu führen. Der Beamte glaubte ganz bestimmt ein Recht hierzu zu haben. Vielleicht schwebten ihm einige Paragraphen einer vorläufigen Gesandten-Gesetzgebung vor und war es ihm anscheinend nicht bekannt, daß die Arbeitsbedingungen zwischen Unternehmer und Arbeiter im Arbeitsvertrag festgelegt werden und daß eine Gewerbeordnung in Deutschland haben, die, wenn nichts anderes verhängt ist, in ihrem § 122 wohl eine 14tägige Kündigungsfrist vorschreibt, aber keinem Arbeitgeber und keiner Behörde das Recht gibt, einem Arbeiter gegen seinen Willen zu einer bestimmten Arbeit zu zwingen. Vielleicht legen sich die Polizeibehörde und auch der Arbeitgeber die nötigen Gesetze demnach zu, dann wird es letzterem auch wohl klar werden, daß es nicht gestattet ist, die Kündigungsfrist über die Beiträge zur Invalidenversicherung gegen den Willen des Arbeiters zurückzubehalten. Der § 139 Absatz 2 wird ihn dann belehren, daß der Arbeiter zu jeder Zeit seine Karte fordern kann und daß der Vater des Mädchens sowie dessen Arbeitgeber doch „besser“ wovon, viele anderer Fabrikanten samt seiner „wohlmeinenden“ Polizeibehörde. So lange die Arbeiterinnen aber der Organisation fern bleiben, mögen sie in der Zukunft mit ihren Klagen verschonen, denn Jeder wird so behandelt, wie er's verdient.

Sonntagen. Beschlusstag. Seit Besuchen der Delegierten sind die organisierten Arbeiter beschäftigt gewesen, die bisherige 11stündige Arbeitszeit auf 10 Stunden herabzusetzen. Dieses Bestreben zeigte sich auch bei der bekanntesten Auslieferung im Winter 1906, wo die Arbeiter gezwungen wurden, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen. Im Jahre 1908 wurde sich der Delegiertenverein in einem Brief Schreiben an die Arbeitgeber um Entlassung des Beschlusstages. Aber nein. Der Vorsitzende des Arbeiterverbandes, Herr Müller, fertigte unsere Delegierten mit folgenden Schreiben kurz ab: „Ich teile Ihnen mit, daß ich für jeden Arbeiter meiner Firma dies zu sprechen bin, mich aber in einen Briefwechsel über Arbeiterangelegenheiten mit Ihnen nicht einlassen kann.“ Auf diese rein persönliche Briefchen reichten wir nochmals eine Eingabe ein, worauf folgende Antwort einlief: „Auf Euren Brief entgegnete ich Ihnen, daß ich den Anforderungen meines Betriebes vom 20. des Monats nicht hingekommen habe.“ Den Ausschluß ist in dem einzelnen Briefchen von den Firmeninhabern mitgeteilt worden, wie sie über die Arbeiterzeit besäßen. Man, wie die Arbeitgeber denken und sagten, kann man kurz zusammenfassen. Wir können wohl, aber wir tun's nicht, weil die Organisation der Arbeiter es will. Umsonst mußte es heraussagen, als uns die Arbeitgeber am 14. August mit folgendem Ausschlag bestritten:

„Wegen der andauernd schlechten Konjunktur sehen wir uns veranlaßt, den Beschlusstag zum 1. September einzuführen.“ Wir als organisierte Arbeiter begrüßen die Verkürzung der Arbeitszeit, bebauern aber, daß die Einführung des Beschlusstages ohne Änderung der Arbeitsverhältnisse erfolgte, was doch bei der letzten Auslieferung die Anerkennung der Organisation besprochen wurde.

Hat nun wirklich die schlechte Konjunktur die Arbeitgeber bewegen, den Beschlusstag einzuführen? Nein, denn dann hätte man ihn eher einführen können und müssen, es wären andere Gründe maßgebend. 1. Am 1. Januar 1910 tritt der gesetzliche Normalarbeitszeit für Arbeiterinnen in Kraft, und man hätte ihn dann wohl oder übel doch einführen müssen. 2. War Entlohnung so ziemlich inoffiziell, denn sämtliche Orte der Umgegend haben den Beschlusstag, die meisten schon einige Jahre. 3. Ist im Geschäftsgang der Industrie, die ihr Entlohnung hauptsächlich nach dem Beschlusstag tendenz zu bemerken, und es ist Ansicht vorhanden, daß wir vor einer Hochkonjunktur stehen. 4. War augenscheinlich der geeignete Zeitpunkt, um die Arbeiter vor einer Lohnsenkung zu bewahren, denn in dem Ausschlag liegt die drohende Drohung: Arbeiter kommt uns nicht mit Lohnsenkung. Doch etwas Gutes hat die Bekanntmachung auch für die Arbeiter. Die Arbeitgeber geben hierdurch offen und ehrlich zu, daß die Arbeiter nicht in der Lage sind, die Verkürzung der Arbeitszeit heranzuführen. Denn durch den Hinweis auf die schlechte Konjunktur wollen die Arbeitgeber darzulegen, es solle weniger produziert werden, wird aber weniger produziert, verdient der Arbeiter auch weniger, es ist dann, daß die Entlohnung erhöht werden. Mehrere Arbeitgeber haben dieses auch unumwunden zugegeben. Einer derselben äußerte sich vor einigen Jahren in folgender Weise: „Unsere Arbeiter, besonders die Spinnereiarbeiter, sind so ausgepeitscht, daß wir eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnsenkung kaum durchzuführen können.“ Das sagte ein Arbeitgebervertreter, der nicht in Verdacht kommt, arbeitervreundlich zu sein. Heute bietet man den Arbeitern in inoffizieller Weise die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnsenkung an.

Was trifft hier die Schuld? Vielleicht diejenigen, die frei zu unserer Organisation gefunden? Nein, sondern diejenigen, die in ihrer Verkündung den Worten des Arbeitgebers, des Meisters oder Bediensteten geglaubt und der Organisation den Rücken gekehrt haben. Eine „Hervorragende“ Rolle haben leider auch einige Arbeiter übernommen (siehe Briefe); so sie von den Arbeitgebern befristet gefordert sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Krone in der Agitation gegen unsere Sache gebührt aber unstrittig dem Herrn Müller und seinem Mitarbeiter. Dieselben haben nicht gerührt, bis die zum größten Teile aus Arbeiterinnen bestehende Delegierten ihres Betriebes wieder aufgetreten war. Zum Danke dafür gibt Herr Müller als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes den Beschlusstag ohne Lohnsenkung. Zum Danke dafür haben die Arbeiter dieses Betriebes die durchschnittlich niedrigsten Löhne. Zum Danke dafür hat man dort auch einen unorganisierten Krankenkassenvorstand wählen müssen. Kollegen und Kolleginnen! Wenn endlich werdet ihr einsehen, daß ihr einer Berufsorganisation angehört müßt? Eben dieselben Herren, die auch eure Berufsorganisation bestehen wollen, eben dieselben Herren sind hier organisiert. Kollegen und Kolleginnen! Warum sollt ihr denn eure Organisation verlassen? Weil der Arbeitgeber dann mit euch kämpfen und wollen kann, weil ihr dann ein willensloses Volk in seiner Hand seid, weil es euch dann nicht möglich ist, Verbesserungen einzuführen. Arbeiter und Arbeiterinnen, macht doch unüberdrehbaren Fußstapfen ein Ende, zeigt, daß auch ihr Standesbewußtsein besitzt und schließt euch eurer christlichen Berufsorganisation an, nur dann ist es möglich, gebührende Verhältnisse zu schaffen und dauernde Verbesserungen einzuführen.

Hannover. In einer am 26. August stattgefundenen Versammlung der freitenden Arbeiter der Firma H. Nauberg u. Co. sprach der Kollege Hüttgen über die demagogische Propaganda, die seitens der Gewerkschaften jetzt so eifrig betrieben wird. Auch wurde der Mittel, der hier im „Wortwille“ betreibt, christ-

liche „Rechtswörter“ stand, schärf verurteilt. Dem Vortrag der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die folgende Resolution wird angenommen: Dem Herrn H. Nauberg u. Co. sprechen unsere Entschlossenheit darüber aus, daß man in welcher Weise unsere heimatsverlassenden Kollegen Schiffer im „deutschen“ Textilarbeiter angeht. Wir beschließen es unsern mehr, da wir jetzt mit den Mitgliedern des „deutschen“ Verbandes Schlichter an der Spitze stehen, um zu kämpfen gegen die Verurteilung, die Organisationen zu unterstützen.“

Kassel. Die rote Hefe. Eine Arbeiterversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes, welche in der „Mitte“ tagte, nahm Stellung zu dem gegenwärtigen Agitation des sozialdemokratischen Verbandes. In einem Besonderen hatte Kollege Marquardt etwa folgendes aus: Die aus Kassel der Annahme der Reichstagsbeschlüsse über sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande herausgehende Hefe gegen den christlichen Textilarbeiterverband habe letzteren keinen Schaden zugefügt. Das Gegenteil ist der Fall. Welches Ziel verfolgte denn nun der sozialdemokratische Verband mit seiner Hefe und welche Folgen entstehen daraus für die Arbeiter? In der Hauptsache sollte er damit die Agitation für die sozialdemokratische Partei besorgen. Die Besetzung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist dabei Nebenfolge. Die Vergangenheit habe gezeigt, daß, trotzdem die große Mehrheit der Arbeiter dem sozialdemokratischen Verband angehört, keine wirtschaftlichen Verbesserungen erzielt worden wären, ja sogar die Lage verschlechtert worden sei. Es zeige sich hier also in deutlicher Weise, daß das Schlagwort des sozialdemokratischen Verbandes, daß dort, wo der sozialdemokratische Verband die Führung habe, die Arbeiter Vorteile davon hätten, nicht haltbar sei. Anstatt Verbesserungen zu erwirken, habe der sozialdemokratische Verband die Arbeiter gegenwärtig um die Arbeiter aber ihre miserable Lage hinwegzuführen. Nicht der christliche Verband, der ohne jeden Grund launlos und verächtlich werde, handle gegen die Interessen der Arbeiter, sondern der sozialdemokratische Textilarbeiterverband sei es, der durch sein Vorgehen der Arbeiter schaden bringende Schritte zutriebe. Nebenher seien seine Bestrebungen dahin zusammenzufassen: 1. die sozialdemokratische Bewegung gegen den christlichen Textilarbeiterverband in unzureichend und für die Arbeiter schädlich; 2. durch die Annahme der Reichstagsbeschlüsse in ihrer jetzigen Form zu verhindern werden, daß nicht noch weitere Millionen Konsumisten beschlagnahmt werden; 3. durch das wahrheitswidrige Gespinnst der Sozialdemokratie über Preissteigerung werde nicht geradezu gefördert, so daß sie weit darüber hinausgeht, was sie nach der tatsächlichen Steuer beitragen würde; 4. haben die Sozialdemokraten durch ihre heuchlerische Hefe die Arbeiterzeit entwertet und somit deren Position geschwächt zur Freude schärfmächterlicher Arbeitgeber; 5. verpublizieren durch genannte Agitation in fribroser Weise die Gewerkschaften, die deren Mitglieder so dringend zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse bedürften. Dieser Vorwurf treffe in erster Linie den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband; 6. verschwenke man die Zeit, die zur gewerkschaftlichen Arbeit so bitter notwendig sei. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referates aus. Einige Redner bezeichneten das jetzige Verhalten des roten Verbandes als die größte Gefahr. Die Versammlung verurteilte dann das Vorgehen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes einstimmig in nachfolgender Weise als im höchsten Grade arbeiterschädigend und ver sprach, jetzt erst recht für die Ausbreitung des christlichen Textilarbeiterverbandes tätig zu sein.

Langenberg (Neu). Eine gemeinsame Mitgliederversammlung mit den christlichen Holzarbeitern hielt am 22. August statt. Zum ersten Punkt, halbjährliche Rechnungsablage, erklärte seitens der Revisoren Kollege Bennemann, Kasse und Bücher in Ordnung vorgefunden zu haben. An Krankengeld wurden im ersten Halbjahre 387,20 Mk. ausbezahlt. Arbeitslosenunterstützung, welche erst im 2. Quartal in Anwendung kam, wurde keine ausbezahlt. Es kamen 12 Arbeitslose in Betracht, welche sich auf vier Mitglieder verteilten. Zum zweiten Punkt, Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz, wurden die Kollegen Franken und Ködges gewählt. Dann wurde seitens der Versammlung ein Kollege als Revisor bestellt, da ein Kollege, welcher früher mit als Revisor tätig war, jetzt als Vorstandsmittglied ausgeschieden ist. Dann wurden unter Punkt „Verschiedenes“ noch einige wichtige Sachen diskutiert, besonders betreffs der Meldungen bei Arbeitslosigkeit. Wüden die Mitglieder dem Vorstand nicht durch nachlässige Berücksichtigung die Arbeit noch erschweren.

Illersdorf (Schl.). Am 15. August fand eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende übernahm zunächst die Berichtserstattung von dem am 1. August in Breslau abgehaltenen Bezirkskongress. Nach Schluß der Versammlung wurde ein Antrag nach Illersdorf unternommen. Wir hatten geplant, diesen Ausflug nach Illersdorf zu machen, wurden aber durch den dortigen Amtsvorsteher verhindert. Es besteht für diesen Ort nämlich folgende Verfügung: Mit Rücksicht auf die Gemeindefürsorge vom 9. August bis 31. September d. J. ist die Erlaubnis für öffentliche Tanzlustbarkeiten nicht zu erteilen. Einmalige Ausnahmen können nur zugelassen werden, wenn rechtzeitig vorher unter eingehender Darlegung der Gründe, die für die Ausnahme sprechen, meine (des Landrats) Genehmigung dargelegt worden ist. — In den Fängen dieser Verfügung verfiel sich auch unser Ausflug, der des Umweidung unterlag und vom genannten Amtsvorsteher untersagt wurde. Er hat einen Vereinsausflug wohl zu dem öffentlichen Tanzlustbarkeiten gelegt. Ein sonderbares Zusammenlegen, worauf wir uns keines Anims machen können. Wir haben uns aber auch in Illersdorf gut amüsiert und uns durch das Verbot des Giffelbier Anstammes nicht verdrüben lassen. Bei Spiel

und Gesang flogen wir die Stunden hin. Im ersten Teile des Nachmittages wurde Kampf gegen die Hefe des roten Textilarbeiterverbandes Stellung genommen.

Aus unserer Industrie.

Statistisches aus der deutschen Textilindustrie.

Das soeben erschienene statistische Jahrbuch für das deutsche Reich, Jahrgang 1909, gibt uns einen interessanten, ziffermäßigen Einblick in die Verhältnisse, Gewerks- und Beschäftigungsverhältnisse der deutschen Bevölkerung, liefert uns Nachweisungen über die Preisveränderungen der wichtigsten Nahrungsmittel, gibt uns Aufschluß über die Entlohnung des deutschen Handels und unserer Industrie u. a. m.

Das Wichtigste für uns sind die Erhebungen über die Verhältnisse in der deutschen Textilindustrie. Ingesamt gab es im Jahre 1907 in der deutschen Textilindustrie 161 218 Betriebe mit 529 899 Arbeitern und 558 381 Arbeiterinnen. Dieselben verteilen sich auf folgende Spezialbranchen:

Zubereitung von Spinn- und Faserstoffen	Betriebe	Arbeiter	Arbeiterinnen
Faserstoffe	1 018	11 435	11 263
Spinnereien	3 546	52 711	124 314
Webereien	67 484	249 718	236 739
Garnweberei, Garnspinnerei und -Weberei	668	2 649	1 318
Strumpf- und Wollwaren-fabrikation	30 242	25 200	64 718
Spinnfabrikation	27 344	26 130	59 080
Wollerei, Färberei, Druckerei u. dergl.	12 181	88 481	35 614
Konfektionsfabrikation	11 540	15 246	20 090
Seilere und Webeschleiferei	5 796	15 532	7 262
Bildschneiderei	611	4 368	2 897

Das entspricht einer Gesamtzahl von 161 218 Betrieben und 1 088 280 Beschäftigten beiderlei Geschlechts.

Auffallend groß ist die Zahl der Betriebe. Man muß aber in Betracht ziehen, daß unter dieser Summe alle Betriebe, also auch die sehr handwerklich-mäßigen und diejenigen der Hausindustrie mit einer Arbeiter- bezw. Arbeiterinnenzahl von zwei, drei oder vier Personen inbegriffen sind. Solche Betriebe oder Werkstätten finden wir vornehmlich noch in den Betrieben der Seilere, der Konfektions-, Spinn-, Strumpf- und Wollwarenfabrikation. Auch in der Weberei, Färberei, Druckerei und Appretur beträgt die Durchschnittszahl der Beschäftigten nur 10 Personen auf einen Betrieb. Die eigentlichen Großbetriebe in der Textilindustrie sind in der Spinnerei und Weberei zu suchen.

Fabriken und Werkstätten mit Motorbetrieb gab es insgesamt in der Textilindustrie 53 552. Also reichlich $\frac{1}{3}$ der oben angeführten 161 218 Einzelbetriebe entfällt auf die kleinen, handwerklich-mäßigen Werkstätten und ein überaus großer Teil auch auf die Hausindustrie, die wir hauptsächlich in der Spinn-, Strumpf- und Wollwarenfabrikation in Sachverrichtungen antreffen.

Von diesen 53 552 Fabriken und Werkstätten mit Motorbetrieb entfallen wiederum nur 15 386 auf einen Gesamtarbeiterzahl von 867 657 Personen der Textilindustrie der Gewerbeaufsichtsbeamten. Nicht uninteressant ist die Tatsache, daß von den 15 386 revidierten Betrieben nur 9617 (um 60%) revidiert wurden. Wenn auch der Statistik herbergeht, daß es hauptsächlich Großbetriebe waren, in denen revidiert wurde, so kann dies doch keineswegs auf die Dauer genügen. Viele Arbeiter wissen aus eigener Erfahrung, daß gerade in den kleinen und mittleren Betrieben die gefährlich für den Arbeiter vorfinden in hygienischer und sittlicher Beziehung nicht eingehalten, bezw. sie noch gar nicht zur Einführung gebracht wurden.

In den 15 386 revidierten Betrieben waren insgesamt 30542 männliche und 49207 weibliche Beschäftigte unter 16 Jahren zu verzeichnen. Die Zahl der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren betrug 3747. Sehr betrübend tritt in Erscheinung, daß die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Kinder unter 14 Jahren nicht abnimmt, sondern sich im Gegenteil gegen das Vorjahr um rund 7000 vermehrt hat.

In keinem anderen Gewerbe, mit Ausnahme der Tabak- und Wollindustrie und des Gast- und Schenkwirtschaftsbetriebes, tritt das numerische Anwachsen so in Erscheinung, als gerade in der Textilindustrie. Ueber die Hälfte aller Beschäftigten sind weiblichen Geschlechtes, 10% sind jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren.

Was die Organisationsverhältnisse betrifft, so sind in der Textilindustrie rund 160 000 Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. Das ist von der Gesamtzahl der Beschäftigten ein ganz verschwindend kleiner Bruchteil. Allerdings ist in Betracht zu ziehen, daß von den 1 088 000 in der Textilindustrie Beschäftigten rund 200 000 in der Heimindustrie tätig sind und als solche auch den Verbänden der Heimarbeiter zugehören, deren Mitgliederzahl in dieser Statistik nicht bewertet wurde, aber immerhin bleibt noch eine Summe von 867 000 Personen, die in Fabriken und fabrikmäßigen Betrieben arbeiten. Von diesen 867 000 Personen sind nur 160 000 gewerkschaftlich organisiert (die Mitglieder der sog. gelben Verbände und der Sozialorganisierten sind in dieser Ziffer nicht eingerechnet). Insgesamt bleibt noch ein Heer von 700 000 Unorganisierten, denen Gemeindefürsorge und gewerkschaftliche Tätigkeit noch zum Teil fremde Begriffe sind. Den Schlüssel zu dieser Zunft bildet unzweifelhaft die Agitation und Aufklärung.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Für die gemeinsame soziale Arbeit der den beiden Konfessionen angehörigen Arbeiter sprach sich in bemerkenswerter Weise auf einer Konferenz der christlichen Gewerkschaften und Konfessionellen Arbeitervereine der Kreise Hamm, Stadt und Land, der Sekretäre der evangelischen Arbeitervereine, Knollmann u. a. m. Es wies in der am 12. August in Hamm stattgefundenen Konferenz darauf hin, daß die verschiedenen Kreise dem Zusammenwirken von katholischen und evangelischen Arbeitern (speziell gegenwärtigen) und doch bei der Einigkeit aller Arbeiter, gleich welcher Konfession sie auch angehören, ein Gebot der Notwendigkeit. Das

Ideal müsse eine große Arbeitervereinigung sein, zu der es aber leider nicht kommen werde, weil die Verschiedenartigkeit der Weltanschauung entgegenstehe. Der Redner warf dann einen Rückblick auf die Entwicklung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und bezeichnete die Angabe, der man hin und wieder begegne, ein Zusammengehen sei auf den Sitmenfang fürs Zentrum berechnet, als Unsinn, als ein altes und gewöhnliches Spiel in der Regel solcher Protokollanten, die derartige Behauptungen aufstellten, die sich wenig oder gar nicht um die Arbeiterchaft kümmern und nur zur Zeit einer Reichstagswahl erwachen. In wirtschaftlichen Fragen müssten die Arbeiter zusammengehen und auch zur Durchführung der Arbeiterversicherungs-gesetze sich auf Männer einigen, die selbstlos die Interessen ihrer Kameraden zu vertreten imstande seien. Es müsse ein Heer und eine Schlachtlinie sein, nur dann sei der Erfolg gewährleistet. Dem beachtenswerten Vortrag lag eine Reihe von Beschlüssen zu Grunde, in denen es u. a. heißt: „Wolle Kreise evangelischer und katholischer Christen glauben noch, wegen der Verschiedenheit ihrer Konfession sei ein Zusammenarbeiten auf sozialwirtschaftlichem Gebiet nicht angängig oder nicht möglich. Das muß zu einer bedauerlichen weiteren Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung führen. Eine weitere Zersplitterung und Schwächung müssen wir in unseren eigenen Interessen mit allen Mitteln verhindern. Die Gründe, welche man für die Zersplitterungsarbeit von jeder Seite anführt, sind durch die Praxis längst widerlegt. Der Hauptgrund ist der, daß man eine Bewässerung des Glaubens für die Arbeiter besichtigt. Das ist aber 1. eine Verleumdung für einen christlichen Arbeiter und 2. in der Praxis gar nicht möglich, weil konfessionelle Grenzen überhaupt nicht besprochen werden.“

Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands konnte am 21. August cr. auf ein zehnjähriges Dasein zurückblicken. Der Vorstand gibt aus diesem Anlaß eine zwölfseitige Festnummer des Verbandsorgans heraus, worin die Geschichte des Verbandes, die Kämpfe und Erfolge ausführlich geschildert werden. Ueber die Gründung des Verbandes heißt es in einem Artikel des Vorsitzenden Wiedberg u. a.:

„Nach und nach man... auf die Umwälzung in unserer Volkswirtschaft und die mifflische Lage des fast anwachsenden Arbeiterstandes aufmerksam geworden. Ende der achtziger, besonders aber in den neunziger Jahren, setzte eine starke konfessionelle Arbeitervereinsbewegung ein, mit der man glaubte, auch die wirtschaftliche Lage der Arbeiter heben zu können. Die strebsamen Mitglieder dieser Vereine haben aber bald ein, daß zur wirtschaftlichen Interessensvertretung den Unternehmern gegenüber Berufsorganisationen geschaffen werden müssen. So entstanden einige lokale Berufsverbände und viele „Arbeiterchuvvereine“, die sich fast ausschließlich auf interkonfessionellen Standpunkt stellten und die Arbeiter gegen Übergriffe der Arbeitgeber schützen wollten. Der Gewerkschaftsgedanke in seiner heutigen Reinheit war noch nicht erkannt, man war aber im Suchen nach einer Organisationsform; der erste Schritt war getan. In Berlin, von wo unser Verband seinen Ausgang nahm, hatte Mitte des neunziger Jahre eine starke katholische Arbeitervereinsbewegung eingesetzt, welche zu dem internationalen Arbeiterkongress in Zürich mehrere Delegierte entsandte; unter diesen auch den Richter Paul Beigel. Dieser hatte sich in Zürich mit einigen Leitern von Arbeiterchuvvereinen bekannt gemacht, von deren Organisationen erfahren und wohl auch noch andere gewerkschaftliche Anregungen erhalten, zurückgekehrt, unternahm er bereits im Oktober 1897 einen Versuch, eine gewerkschaftliche Organisation auf christlicher Grundlage mit Hilfe der katholischen Arbeitervereine zu gründen, was aber durch Wiffens a. D. von Savigny vereitelt wurde. Als dann am 2. Januar 1898 in einer Ausschüßung drei Arbeitervereinsmitglieder, die auf einem Bau in der Gumbener Straße in den sozialdemokratischen Bauerverband gepreßt werden sollten, Schutz gegen den sozialdemokratischen Terrorismus verlangten, bewachte Beigel die Gelegenheit, wiederum auf Erhaltung von christlichen Berufsvereinen zu drängen. Er hatte Erfolg. Noch in derselben Sitzung wurde ein Verein „Arbeiterchuv“ gegründet, dem von 22 Anwesenden sofort 21 als Mitglieder beitraten. Im Februar 1898 wurde dann die Sektion der Bauarbeiter gegründet, welche der Grundstock für unseren Verband geworden ist.“

Der Gedanke der christlichen Berufsorganisation fand nämlich überall, besonders im Süden und Westen Deutschlands, Boden, und so kam Pfingsten 1899 der erste Kongress der christlichen Gewerkschaften zustande, der diesen ein Programm gab und sich für die Zentralverbände aussprach. Diesem Kongress wohnte auch Paul Beigel, der Gründer und Vorsitzende des Vereins „Arbeiterchuv“, bei und brachte die Anregung zur Gründung unseres Verbandes mit. Mit dem Vorsitzenden der Sektion der Bauarbeiter arbeitete er dann das erste Statut des Verbandes aus. Zur offiziellen Gründung kam es aber erst Ende August, nachdem sich die Wogen der Bauarbeiterausperrungen in Berlin etwas geglättet hatten. Schon vor der Gründung waren einige Verwaltungsstellen draußen im Lande gegründet worden. So in Bielefeld, Kreuzfeld, Dieburg in Hessen, Dortmund. Der Verband trat mit ungefähr 300 Mitgliedern ins Leben. Als finanzielles Fundament diente ihm die Erbsparnisse der bisherigen Berliner Bauarbeitersektion, die in den Sommermonaten 1898 und 1899 unterstützungsfondsbeiträge von 25 bis 75 Rfl. pro Woche erhoben hatte.“

Bei Gründung dieses christlichen Verbandes zählte die sozialdemokratische Konkurrenzorganisation nur 130 000 Mitglieder. Was die christlichen Bauhandwerker von dieser Seite haben alles auszuhalten müssen, darüber sind in den Gewerkschaftsorganen und an den Verichten manche traurige Beweise gebracht. Heute ist das Verhältnis der beiden Verbände ein relativ gutes. Der sozialdemokratische Bauverband hat gelernt, und die Tariffrage die im Baugewerbe soweit entwickelt ist, macht ein Vorkommen zur Notwendigkeit. Wie außerordentlich schnell sich dieser Bruderverband eine sichere Position in seinem Gewerbe erworben hat, mag damit bewiesen werden, daß sein Vorstand vor einigen Monaten ein mehrere hundert Seiten dickes Buch über die Tarifverträge, die der Verband abgeschlossen hat, bezw. an denen er beteiligt ist, herausgeben konnte. Diese Tatsache beweist nicht als die bereitetsten Worte. Ziffermäßig kommt

Die Entwicklung des christlichen Bauhandwerkerverbandes wie folgt zum Ausdruck:

Table with 7 columns: Jahr, Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt, Lohnforderungen, Kämpfe, Worauf den Werten, and Anzahl der Gewerkschaften. Rows show data from 1899 to 1908.

Wir wünschen dem Bruderband von ganzem Herzen auch fernerhin ein kräftiges Wachsen und Nachwachsen zum Nutzen der Bauhandwerker und zur Stärkung der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Aus gegnerischen Organisationen.

Wie es in einem nicht ganz kleinen Zentralverbande hergeht, betitelt sich eine in der Zeitschrift 'Einigkeit' von dem Bauhilfsarbeiter Karl Rode verfasste Broschüre. Gemeint ist mit dem nicht ganz kleinen Verband der sozialdemokratische Verband der Bauhilfsarbeiter, der auf seiner letzten Generalversammlung seine Verjährung mit dem Zentralverbande der Maurer zum 1. Januar 1911 beschloß.

Rode war zwei Jahre Angestellter auf dem Zentralbureau des genannten Verbandes. Er schildert die haarsträubenden Dinge, die auf diesem Zentralbureau vorgekommen sein sollen. Der Zentralvorsitzende Behrend wird als ein unfähiger, eingebildeter Tropf charakterisiert, von dem der zweite Vorsitzende, Brandmohr, einmal gesagt habe, über der Tür des 'großen Generals' müsse stehen: 'Dieses Tier darf nicht genedt werden.' Eine permanente Nebenart in den Vorreden des 'großen Generals' sei gewesen, daß er sich selber als Beispiel für die Entwicklung der Arbeiterklasse zu geistiger Reife hingestellt, wobei er das 'herrliche Sägen' gebraucht habe: 'Wie ich mir entwickelt habe.'

Der Redakteur Albert Töpfer sei ein Prozeßschlimmerer Sorte. Rode sagt, er habe niemals einen Unternehmer gefunden, der im Umgang mit den Arbeitern mehr Prozedentum herausredete, als wie Töpfer. Nur auf ganz leisen Sohlen hätten sich die 'Hilfsarbeiter' in das Zimmer der 'Herrschaften' begeben dürfen. Töpfer besäße ein Gehalt damals von 2600 Mark, das jedes Jahr um 100 Mark teige bis zum Höchstgehalt von 3000 Mark. Töpfer habe aber mindestens ebensoviel nebenbei verdient durch Häuserpekulation. Er besäße drei Familienhäuser und elf Terrassenwohnungen, dieser 'arme Teufel'. Wörtlich heißt es: 'Er bezahlt die Zinsen für das geliehene Kapital und was übrig bleibt, verzehrt er. Natürlich macht er es wie andere Hausgärtner: Zwangsweises hinaussetzen auf die Straße wegen Mietrückstand, Vernachlässigung der Wohnungen gehören eben zu diesem Gewerbe.'

Geradezu schauerhafte Zustände haben nach den Angaben Rodes an der Zentralkasse geherrscht. Der Hauptkassierer Lange soll ein Söffler gewesen sein. Zweimal in der Woche habe er 'Kant' gemacht. Des öfteren sei er mitten in der Arbeit über den Büchern eingestürzt, die selber sei angerührt und der Zentralkassierer Lange habe gezeichnet in vollem Gleichklang mehrerer Töne. Der Kassenverwalter sei zu öfteren Malen falsch erfolgt. Als Lange die erheblichen Unterschreitungen — es soll sich um 40 bis 50000 Mark handeln — nicht mehr habe verheimlichen können, habe man ihn zum Parteibüchler gemacht. Bei Durchlegung der Bücher habe Lange einen Strich genommen und sich erkümmert.

Rode und sein Mitarbeiter Zeilig wollen wiederholt gegen diese schauerhaften Zustände angegangen sein. Bisher habe Zeilig dafür die Maßregelung bekommen. Er — Rode — habe die Sache selbst aufgegeben und sich beschwehrt an eine hiesige Delegierte der Verbandsgeneralversammlung gewandt. Die Statuten hierzu habe ihm der Lokalbeamte Häfmeister angefertigt, bezw. vervielfältigt, bezw. Häfmeister habe aber auch dem Hauptvorstand die Sache hinterbracht. Ein anderer Beamter der Zentrale, der das Archiv mit unterschrieben habe, habe seine Unterschrift zurückgezogen, nachdem der Hauptvorstand ihm Versprechungen bezüglich des Gehalts gemacht habe. Rode wurde sofort entlassen. Der Redakteur Töpfer kündigte Rode die Wohnung zum ersten des nächsten Monats, trotzdem die beiden unablässig vierstündige Kündigung verweigert haben sollen, wie Rode behauptet. Am ersten Mai, am 'Weißfeiertag', mußte Rode ausziehen. Er sagt, daß er niemals am 1. Mai gearbeitet habe, aber durch das Hauptarchiv der Zentrale eines fahrenden Kassegenossen in diesem Falle zum ersten Male dazu gezwungen sei. Die Broschüre enthält noch viele andere bittere Anklagen gegen den Hauptvorstand. Dieser hat Rode verflucht. Rode sagt in der letzten Nummer der 'Einigkeit', daß er der Klage mit ruhigem Gemüte entgegen sehe, er werde den Wahrheitsbeweis erbringen. — Wenn auch nur die Hälfte von dem wahr ist, was Rode behauptet, so wäre der Hauptvorstand des hiesigen Verbandes moralisch verurteilt.

Ueber die 'deutschen' Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1906 im allgemeinen und die 'freien' (sozialdemokratischen) Gewerkschaften im besonderen berichtet in einer statistischen Zeitschrift des Reichsanzeigers der Zentralkommission der 'freien' Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 24). Die diesjährige Statistik erweist nun das Bestehen eines besonderen Zusammenhanges zwischen der für diese Zeitgenossen geltenden Statistik und der Statistik des Reichsanzeigers, die die Statistik der Gewerkschaften im Jahre 1906 (die Statistik für 1907 in München), die freigezwungenen Zentralverbände 1831731 (1865566), die Hiesig-Dünder Gewerkschaften 116633 (108889), die im Gesamtverband zusammengefaßten christlichen Gewerkschaften 254519 (274323), die unabhängigen

christlichen Gewerkschaften 80437 (80437), die lokale und unabhängigen gewerkschaftlichen Vereinigungen 100061 (117325), zusammen 2382401 (2446480) Mitglieder im Jahresdurchschnitt. Bei sämtlichen Organisationsgruppen ist somit im Jahre 1908 ein Rückgang im Mitgliederbestand eingetreten, und zwar bei den Zentralverbänden von 33755, den Hiesig-Dünder Gewerkschaften von 3256, den christlichen Gewerkschaften von 9804 und den unabhängigen und lokalen Vereinigungen von 17244, zusammen von 64079 Mitgliedern.

An Jahreseinnahmen hatten: die Zentralverbände 48544396 M., die Hiesig-Dünder Gewerkschaften 2694893 M. — hier fallen über eine Million Mark auf die selbständigen Kranten- und Begräbniskassen —, die christlichen Gewerkschaften 4394745 M., zusammen 55634034 M. Ausgaben hatten: die Zentralverbände 42057517 M., die Hiesig-Dünder Gewerkschaften 2350727 M., die christlichen Gewerkschaften 3556224 M., zusammen 47864467 M. Der Vermögensbestand betrug bei den Zentralverbänden 40839791 M., den Hiesig-Dünder Gewerkschaften 4210413 M. — davon in den Gewerkschaftshauptkassen 1620273 M. —, den christlichen Gewerkschaften 4513409 M., zusammen 49563613 M. Was die 'freien' Gewerkschaften im besonderen betrifft, so hatten hier den größten Mitgliederverlust der Textilarbeiterverband mit 23390 Mitgliedern. Wir werden jedoch demnächst Gelegenheit nehmen, nachzuweisen, daß diese Differenz viel zu niedrig sein muß. Dann folgen die Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Ueber 100000 Mitglieder zählen bei den freien Gewerkschaften sechs und zwar der Verband der Metallarbeiter 360099, der Maurer 175019, der Holzarbeiter 146337, der Fabrikarbeiter 136195, der Textilarbeiter 116403 und der Bergarbeiter 112192 Mitglieder. Gewerkschaften sind an dem allgemeinen Mitgliederverlust nicht teilhaftig die Zahl der weiblichen Mitglieder. Diese ist gegenüber dem Jahre 1907 noch gestiegen, und zwar von 136929 auf 138443. Während die christlichen Gewerkschaften trotz der Wirtschaftskrise ihre Einnahmen noch vermehren konnten, sanken diese bei den freien Zentralverbänden und zwar von 51396784 M. im Jahre 1907 auf 48544396 im Jahre 1908.

Recht deutlich kommt die Zeit der Wirtschaftskrise zum Ausdruck in der Ausgabegestaltung der freien Organisationen. Während für Straßburg im Jahre 1907 12994821 M. ausgenutzt wurden, fiel diese Ziffer für 1908 auf 4750347 M. Dagegen stieg die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung von 4375012 M. auf 6134388 M. und die für Arbeitsunfähigenunterstützung von 5635387 M. auf 3473873 M. Zum Schluß bespricht die Jahresstatistik der freien Gewerkschaften die Arbeitgeberorganisationen und hebt im besonderen deren Selbstlosigkeit hervor.

Wenn für die Herabsetzung der Arbeiter in verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen das Korrespondenzblatt nicht sozialdemokratische Kreise verantwortlich macht, so kann gegenüber einer Verdunkelung der Tatsachen nicht oft genug betont werden, daß der Mangel an religiöser und politischer Neutralität der freien Gewerkschaften die christlichen Organisationen ins Leben gerufen hat.

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Der Generallstreik in Schweden beendet? Der große Generalstreik in Schweden, der annähernd fünf Wochen dauerte, scheint seinem Ende nahe zu sein. Die 'Köln Volkszeitung' meldet darüber:

Auf die Anregung des hiesigen Vertrauensmannes Loderborg hat die Streikleitung beschlossen, die Arbeit spätestens am 6. September auf allen Gebieten wieder aufzunehmen, ausgenommen bei den Mitgliedern des schwedischen Arbeitgebervereins. Die Arbeitgebervereine, bei denen ein Sympathiestreik stattgefunden hat, wollen ihre Arbeiter wenn möglich wieder einstellen. Da der Generallstreik auf diese Weise beendet ist, bleibt nur noch der Streit zwischen dem schwedischen Arbeitgeberverein und seinen Arbeitern übrig. Die Ausnahmestellung hat den hiesigen Vertrauensmann gefragt, ob unter diesen veränderten Verhältnissen eine Vermittlung durch die Regierung zu erwarten sei. Dieser antwortete, er habe die feste Überzeugung, daß die Regierung die Vermittlung übernehmen wolle, wenn der Streit auf die von Anfang an streikenden Parteien, nämlich auf den genannten Arbeitgeberverein und seine Arbeiter beschränkt werde.

Wir werden auf den interessanten Kampf ausführlich zu sprechen kommen.

Friede im Gewerkschaftsstreit in Holland?

Bekanntlich tobt in Holland seit Jahren ein hartnäckiger Kampf zwischen den Vertretern der christlich-internationalen und der katholischen Berufsorganisationen. Wären in diesem Streit jetzt die 'Unitas', der Verband christlicher Textilarbeiter, als die hiesige und führende christlich-internationalistische Organisation in Holland. Wiederholte Versuche, die Differenzpunkte auf eine für beide Parteien annehmbare Weise aus der Welt zu schaffen, scheiterten bisher. Die katholischen Verbände kamen der 'Unitas' nie weit genug entgegen. Summe ist eine Annäherung zwischen beiden Parteien sich zu vollziehen, indem die Leitung des zuletzt genannten Verbandes in der letzten Erklärung der holländischen Bischöfe — siehe Nr. 29 dieser Zeitung — einen Modus gefunden zu haben meint, auf dem eine Verständigung möglich ist. — weh! im Bezug auf den geistlichen Adjuvanten der Inhabanten, als auf die Organisationsform hat sich die Stellung der Bischöfe geändert. Der Kaiserpreis der Adjuvanten ist gegen früher enger gezogen und auf das rein kirchlich-religiöse Gebiet beschränkt worden. Auch sind die gesamten nationalen Verbände zugelassen, entgegen sich die katholischen Organisationsform früher nur nach Dingen zusammenhängen durften.

Auf Grund dieser veränderten Lage besaßte sich am letzten August-Sonntag in Utrecht eine lokale Gruppe von Vertretern der katholischen Ortsgruppen der 'Unitas' sowie von Vertretern der katholischen Arbeitervereine im Bezirk Utrecht und dem Hauptvorstand des genannten Verbandes mit der Frage, ob eine Schlichtung des Streites nunmehr möglich sei. Der Bezirk Utrecht (Provinz Utrecht) ist wohl der bedeutendste holländische christliche Gewerkschaftsbewegung, namentlich über die 'Unitas' hat hier ihre Zentrale und ihr Hauptbureau. Infolge der in dieser Konferenz eine wichtige Bedeutung beizubehalten. Nach eingehender Diskussion gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Unterzeichnung der katholischen Ortsgruppenverbände der 'Unitas' in Utrecht, es

gehen am 29. August 1909, spricht als ihre Ueberzeugung aus, daß jetzt, da der Hochwürdigste Bischof von Utrecht, 'Nationale Katholische Fachorganisationen' angeordnet hat, die Lösung zur Aufhebung des bestehenden 'Fachorganisations-Streites' gefunden werden kann; daß sie unter den gegebenen Umständen die Mitglieder anrufen will, in die katholische Fachorganisation einzutreten unter der Bedingung, daß die Vertreter der 'Unitas' in der Zusammenlegung dieser katholischen Textilarbeiterorganisationen anerkannt werden, daß ein gutes überarbeitetes Zusammenarbeiten mit einem eventuell zu gründenden protestantischen Textilarbeiterverbande getroffen wird.

Das Organ der 'Unitas' jagt zu dieser Resolution, 'sie habe den Eindruck auf die Versammlung gemacht', daß sie den Frieden fördern und damit die gesamte Bewegung voranzubringen würde.

Allem Anschein nach wird also die holländische christliche Gewerkschaftsbewegung in vollständig neue Bahnen eintreten. Ob zum Vorteil der internationalen Bewegung wollen wir jetzt nicht erörtern. Es kann nicht unsere Sache sein, in die inneren Angelegenheiten eines ausländischen Bruderverbandes einzugreifen, vornehmlich möchten wir nicht unter den gegebenen Umständen dem Handeln der Leitung der 'Unitas' nach irgend einer Richtung hin Beifugung geben. Nur das dürfen wir wohl in aller Kollegialität sagen: Die 'Unitas' hatals Mitglied der internationalen Vereinigung dieser gegenwärtig Verpflichtungen. Soweit wir die Sache beurteilen können, wäre eine Aussprache mit den führenden Kollegen der internationalen Vereinigung angebracht. Die 'Unitas' ist natürlich durchaus selbständig — aber sollte ein gegenwärtiges Betreten denn nicht angebracht sein? Ist denn nicht die Sache der 'Unitas' zugleich Sache der internationalen christlichen Textilarbeiterbewegung?

Allgemeine Rundschau.

Soziale Rechtsprechung.

Sind die Gewerkschaften für Vertragsbruch ihrer Mitglieder zivilrechtlich verantwortlich zu machen? Diese Frage beschäftigte kürzlich den 11. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Köln. Es handelte sich um eine Düsseldorf Firma, die den hiesigen Holzarbeiterverband und den Gewerbeverein der Fischer verlagert hatte, weil ihr durch Vertragsbruch von Mitgliedern dieser Verbände ein Schaden von 7000 Mark entstanden sei. Das Düsseldorf Gericht wies die Klage ab, und das Oberlandesgericht Köln bestätigte das Urteil unter Angabe folgender Gründe: 1. Die verlagerten Vereine sind unzureichend nicht rechtsfähige Vereine im Sinne des § 54 des BGB. Ihre Parteifähigkeit, d. h. die Fähigkeit, als solche verlagert zu werden, ist nach § 50 Abs. 2 der Zivilprozessordnung gegeben. Nach ihren Statuten ist der Vorstand berufen, die verlagerten Vereine nach außen, also auch in Prozessen, zu vertreten, und das ist auch von keiner Seite angezweifelt worden. 2. Die Klage ist eine Klage auf Schadenersatz als unerlaubte Handlung. Sie wird als Verletzung zum Vertragsbruch und auf Unterlassung bei demselben gegründet. Sie ist aber nicht zu halten, da die verlagerten Vereine zur Klage nicht passiv legitimiert sind. Die in § 31 des BGB. für die rechtsfähigen Vereine gegebene Bestimmung, daß der Verein für den Schaden verantwortlich ist, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zugehörigen Verrichtungen begangene, zum Schadenersatz verpflichtende Handlung einem Dritten zufügt, ist auf die nicht rechtsfähigen Vereine nicht anwendbar. Sie unterliegen vielmehr nach der Vorschrift in § 54 des BGB. den Normen über die Verschuldung, und danach werden sie nur durch Rechtsgechäfte, nicht durch unerlaubte Handlungen ihrer Vertreter verpflichtet. (§§ 714, 715 des BGB.) Aus der weiteren Begründung ist hervorzuhellen, daß die Organisationen nur dann hätten haftbar gemacht werden können, wenn alle Mitglieder ein Verschulden trüft. Ferner spricht das Urteil aus, daß Organisationen auch nicht verantwortlich gemacht werden können für Handlungen, die aus der Tätigkeit von Lohnkommissionen oder Streikposten erwachsen.

Allgemeines.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine (Sitz Köln a. Rh.) hielt am 22. und 23. August in Köln in der Bürgergesellschaft seinen zweiten Verbandstag ab. Derzeit war außerordentlich stark besucht und war ein Beweis dafür, daß genannter Verband im Westen Deutschlands bereits feste Wurzeln geschlagen hat. Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Vorsitzenden, Verbandsdirektor Schlaack-Hülshorn (Aachen) erstattete derselbe den Geschäftsbericht, aus dem wir folgende Einzelheiten entnehmen: Der Verband umfasst heute bereits 64 Vereine und steht hiermit in Rheinland und Westfalen an zweiter Stelle. Die Zahl der Mitglieder beträgt 40000. Der im vergangenen Jahre erzielte Gesamtumsatz betrug 9717112,39 M. und zwar im eigenen Geschäft 7582459,39 M., im Dienstleistungsgeschäft 2134653, — M. Der Gesamtüberschuß betrug 728834,68 M. An Rückvergütungen kamen zur Auszahlung: 1 Verein 11%, 2-10%, 7-9%, 1-3%, 5-7%, 7-9%, 3-5%, 7-4%, 2-3%, 1-2%. Ueber der wirtschaftlichen Krise hat der Verband Fortschritte gemacht. Das Organ des Verbandes, 'Der Konsumverein', erscheint heute bereits in einer Auflage von 1600 Exemplaren. — In der sich an den Geschäftsbereich anschließenden Diskussion wurde rückhaltlos anerkannt, daß Vertreter der bürgerlichen Parteien und vor allem die Arbeiter-Abgeordnete es waren, die im vergangenen Jahre die Gesellschaften zu fast brechen und damit den Konsumgenossenschaften einen Dienst erwiesen. Die gegnerischen Maßnahmen werden eingehend debattiert und fand auf Wunsch des Vorstandes nachstehende Resolution einstimmige Annahme: Der zweite Verbandstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine spricht sich entschieden gegen die in gewissen Kreisen (Mittelstandvereinigungen, landwirtschaftlicher Verband usw.) immer wieder geltend gemachten Behauptungen aus, die nachgehenden Konsumvereine, wie Sonntag, Reichstag und Regierung gegen die Konsumvereine mobil zu machen. Insbesondere muß es als verwerflich bezeichnet werden, wenn diese Kreise unter elenderlicher Verdrängung ihrer Interessen dem Mittelstand zum Zwecke der Selbsthilfe den gewerkschaftlichen Zusammenhalt empfehlen, während sie andererseits den Arbeitern

und Angestellten dieses Recht durch maßlose Besteuerung der Konsumvereine zu nehmen suchen. Es ebenso verwerflich bezeichnet der Verbandstag die von jener Seite angewandte Taktik, zunächst ein gesetzliches Verbot der Beamten-Konsumvereine herbeizuführen, um alsdann den Kampf auf Gange befehlen zu können. Die mittleren und unteren Beamtenkategorien bedürfen ebenso des gewerkschaftlichen Zusammenhanges wie die Angestellten und Arbeiter in Privatbetrieben, da die Einkommensverhältnisse in vielen Fällen die gleichen sind. Der Verbandstag erwartet von Regierung, dem Reichstag und Landtag, daß sie sich in ihrem Verhalten gegenüber den Konsumvereinen trotz der maßlosen Besteuerung nach Maßgabe der Gerechtigkeit leiten lassen.

Der von Verbandssekretär Braun erstattete Kassenbericht des Verbandes zeigte bei einer Einnahme von 8077,92 M. und einer Ausgabe von 5446,20 M. einen Bestand von 2631,72 M.

In der Sonntag-Nachmittags-Sitzung referierte Geschäftsführer Biffels-Werden (Aachen) über den Ausbau bestehender und die Gründung neuer Vereine. Aus der Entwicklung der Bewegung und ihrer Jugend erklärte es sich, daß derselben heute noch zum größten Teil Arbeiter angehören. Wenn die Konsumgenossenschaftsbewegung heute noch so viele Gegner hat, dann erklärt es sich dadurch, daß die tiefere Ursache des Genossenschaftswesens von Vielen noch nicht erfasst wurde. Arbeitervereine, Gewerkschaften und Konsumvereine, die alle die Hebung der unteren Klassen bezweckten, müßten einträchtig zusammenwirken. Redner beschwor die Zusammenlegung kleinerer Genossenschaften an ein und denselben oder benachbarten Orten. Nur der großangelegte organisierte Konsum ermöglichte den Übergang zur Eigenproduktion. Herr Biffels warnte entschieden vor leichtsinnigen Neugründungen. — Wenn in der Diskussion auch noch manche Wünsche laut wurden, so wurde doch andererseits betont, daß zwischen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften ein gutes Verhältnis bestehe. Geschäftsführer Biffels-Werden sprach sich für die Schlichtung eines Schiedsgerichts aus. Die Entscheidung eines Schiedsgerichts wurde beschlossen und fanden die Satzungen die Genehmigung des Verbandstages. — Der Montag war dem gemeinsamen Einkauf gewidmet. Verbandssekretär Braun behandelte zunächst das Thema: Mittel und Wege zum intensiven gemeinsamen Einkauf. Eingehend wies er auf die durch den gemeinsamen Einkauf zu erzielenden Vorteile hin und bat dringend, den Einrichtungen des Verbandes, Einkaufstag und Bezugskommission, mehr Beachtung zu schenken. Im Anschluß an das Referat wurde dann der gemeinsame Einkauf getätigt, wozu die Referenten ihre Waren ausgelegt hatten. Damit fand der Verbandstag seinen Abschluß, der gezeigt hat, daß der Verband westdeutscher Konsumvereine infolge seiner neutralen Stellung in erster Linie dazu berufen ist, den echt deutschen, genossenschaftlichen Geist Westdeutschlands zu leben und zu stärken. Mögen alle die Konsumvereine, die ihrer ganzen Natur nach zu diesem Zwecke geboren, bald den Anschluß an denselben suchen. Das Sekretariat des Verbandes in Mülheim (Rhein) ist stets gern zu näherer Auskunft bereit.

Veranstaltungskalender.

- Vergangenheit. 11. September, 8 1/2 Uhr, bei Bernhard Meyer, Generalversammlung.
Vergangenheit. 16. September, 1/2 Uhr, Vertrauensmänner-Versammlung.
19. September, Mitglieder-Versammlung.
Blombach-Verband. 11. September, 8 1/2 Uhr, bei Edmund Schneider.
11. September, 8 1/2 Uhr, im evgl. Vereinshaus.
12. September, 5 1/2 Uhr, bei Wagemann, an der Schlauserstraße, Generalversammlung.
12. September, 5 Uhr, bei Julius Koch, Dillen.
12. September, bei Joh. Fuchs, Schubertstraße, 4 1/2 Uhr Vertrauensmänner, 5 Uhr außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
12. September, 1/2 Uhr, bei Kemmeling.
12. September, Ausflug nach Rheinbach.
18. September, 9 Uhr, bei Josef Mülich.
12. September, 11 Uhr, bei David Aeg.
12. September, 5 1/2 Uhr, bei Geschwister Hillen, Generalversammlung.
11. September, 1/2 Uhr, bei Wilhelm Gottschalk.
19. September, 10 1/2 Uhr, bei Schumacher, Meisen.
19. September, 1/2 Uhr, bei Josef Rod, öffentliche Versammlung.
12. September, 11 1/2 Uhr, bei Jörling, Vertrauensmänner-Versammlung.
24. September, 8 1/2 Uhr, bei J. Wrehues, Stadthof.
12. September, 4 Uhr, im Hofe des katholischen Arbeitervereins, öffentliche Versammlung.
12. September, 3 1/2 Uhr, im Gasthof 'Zum Fischen'.
18. September, 9 Uhr, bei Witwe Uebach.
24. September, 6 Uhr, im Waidhof, unten links.
12. September, 10 1/2 Uhr, im Wegberger Hof, Generalversammlung.
18. September, 1/2 Uhr, bei Wllh. Poms.

Ortsgruppe Greiz.

Das Unterstützungsweesen wird vom 1. Oktober ab nicht mehr vom Kollegen Beer, sondern vom Kollegen Rämtele, Weberstr. 30 III, besorgt. Alle Kranten- und Arbeitslosenfälle etc. sind sofort anzumelden; am besten täglich von 12-1 Uhr und abends von 6-7 1/2 Uhr. Die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt Sonntags von 5-7 Uhr und Sonntag vormittags von 11-12 Uhr. Der Vorstand.

I. Bezirk (Krefeld).

Sonntag, 26. September, nachmittags punkt 2 Uhr findet im Lokale Karl v. Nimm, Parkplatz 8, die Bezirkskonferenz statt.

Tages-Ordnung:

- 1. Geschäftsbericht;
2. Das neue Unterstützungsweesen;
3. Statistik;
4. Agitation;
5. U. Der Bezirksvorsitzende J. Besch.